



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

23. Sitzung (öffentlich)

8. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender)
Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Vorsitzender Günter Garbrecht erklärt den vorgesehenen Ablauf dieser Sitzung des AGS-Ausschusses, der an der parallel stattfindenden Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen teilnehmen will, wenn dort der Themenbereich Arbeitsschutzverwaltung behandelt wird.

Zudem bittet der Vorsitzende darum, Anträge für Aktuelle Viertelstunden künftig zeitgleich bei ihm und dem Ausschussesekretariat einzureichen.

Der ursprüngliche Punkt 8 b - Aktuelle Mittelsituation ESF - wird gemeinsam mit einer ergänzten Aktuellen Viertelstunde zu Beginn der Sitzung aufgerufen. Die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/287
AGS-Ausschuss		08.11.2006
23. Sitzung (öffentlich)		Roe
		Seite

- 1 Aktuelle Viertelstunde** 1
- Thema: „Finanzielle Auswirkungen des Sonderprogramms „Ausbildung 2006““
- auf Antrag der Fraktion der SPD
- In Verbindung mit:
- Aktuelle Mittelsituation ESF**
- Vorlage 14/691
- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) berichtet. Es schließt sich eine Diskussion an.
-
- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)** 15
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
- Vorlage 14/591 (Erläuterungsband EP 11)
- In Verbindung mit:
- Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303
- Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung zum Haushaltsgesetz 2007 und Haushaltsbegleitgesetz 2007 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

In Verbindung mit:**Neuinvestitionen des Landes in Krankenhäusern für eine gute und sichere medizinische Versorgung sind unverzichtbar!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/712

- abschließende Beratung und Abstimmung

LMR Hans Lauf (MAGS) benennt die den Einzelplan 11 tangierenden Punkte der Ergänzungsvorlage. Es folgt eine Diskussion.

Anschließend tritt der Ausschuss in die Beratung der Änderungsanträge der Fraktionen zu Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, ein. (*Anträge und Abstimmungsergebnisse siehe Anlage zu Vorlage 14/815.*)

Der Ausschuss nimmt die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teile des Einzelplans 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen unverändert an. (*Keiner der Änderungsanträge fand die erforderliche Mehrheit.*)

Zum Haushaltsbegleitgesetz 2007 Drucksache 14/2303 wurde kein Änderungsantrag gestellt.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/712 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen ab.

3 Verwaltungsstrukturereform: Arbeitsschutz- und Versorgungsverwaltung

21

Vorlage 14/748

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Vorlage 14/748 zur Kenntnis und wird sich voraussichtlich Ende Januar wieder mit diesem Punkt befassen.

- 4 Mehr Zeit für die Pflege - bürokratischen Aufwand vermeiden - Heimgesetz zeitgemäß neu ausrichten!** 21

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2409

In Verbindung mit:

Reform des Heimgesetzes auf Landesebene muss Interessen der Pflegebedürftigen stärker berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2410

- Terminierung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der Ausschuss kommt überein, am 13. Dezember 2006 eine öffentliche Anhörung zu diesen beiden Anträgen durchzuführen.

- 5 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten** 22

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/ 2105 - Neudruck

In Verbindung mit:

Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2415

Zuschrift 14/639

- Terminierung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der Ausschuss verständigt sich darauf, am 31. Januar 2007 eine öffentliche Anhörung zu diesen beiden Anträgen durchzuführen.

6 Gesundheitsreform: solidarisch, nachhaltig und geschlechtergerecht gestalten statt weitere Belastungen für die Versicherten 22

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2486

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2486 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen ab.

7 Stand der Umsetzung einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW 23

Vorlagen 14/627 und 14/726

Nach kurzer Diskussion wünscht Barbara Steffens (GRÜNE) einen Bericht eines LÖGD-Vertreters vor dem Ausschuss. Darüber sollen die Obleute gemeinsam mit dem MAGS eine Klärung herbeiführen.

8 Bundesratsinitiative zur Doping-Bekämpfung starten 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2414

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss verzichtet mit Blick auf den vom Sportausschuss in Aussicht gestellten gemeinsamen Antrag auf die Abgabe eines Votums zu dem Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2414.

9 Das NRW-Ziel-2-Programm 2007–2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten 26

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2108

Vorlage 14/654

- Sachstandsbericht des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss gibt zum Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2108 kein Votum ab.

10 Ökonomische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei den Freigrenzen des Schonvermögens im Fortentwicklungsgesetz Hartz IV berücksichtigen! 27

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2404

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die Obleute sollen sich über die im Ausschuss vorgeschlagene gemeinsame Resolution verständigen.

11 Gegen PFT - Für sauberes Trinkwasser 28

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2488

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss verzichtet auf eine Beratung und gibt den Antrag der Grünen Drucksache 14/2488 ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Umweltschutz und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zurück.

Die Punkte „Die Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes muss die Weichen neu stellen ...“ und „Hochschulen als Träger der beruflichen Ausbildung stärken“ werden geschoben. Der Punkt „Verschiedenes wird nicht aufgerufen.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Günter Garbrecht weist zunächst darauf hin, dass der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform im Rahmen seiner parallel stattfindenden Anhörung von Sachverständigen zum Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen den Themenbereich Arbeitsschutzverwaltung, der auch in der laufenden AGS-Ausschusssitzung behandelt werde (*TOP 3 neu*), absprachegemäß separat ab etwa 13:30 Uhr diskutieren wolle. Die Sitzung des AGS-Ausschusses werde zwecks Teilnahme an dieser Diskussion unterbrochen, sollte seine Tagesordnung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgearbeitet sein oder die Diskussion im AKV eher als vorgesehen beginnen.

Sodann bittet der Vorsitzende darum, Anträge für Aktuelle Viertelstunden künftig zeitgleich bei ihm und dem Ausschussekretariat einzureichen. Es biete sich an, die für diese Sitzung fristgerecht beantragte Aktuelle Viertelstunde gleichzeitig mit TOP 8 b - Aktuelle Mittelsituation ESF - entweder direkt oder später abzuhandeln.

Rainer Schmeltzer (SPD) spricht sich dafür aus, die Aktuelle Viertelstunde gleichzeitig mit TOP 8 b zu Beginn der Sitzung, also unmittelbar vor der Haushaltsberatung, aufzurufen.

Vorsitzender Günter Garbrecht kündigt an, vor der Antragsberatung das Ministerium zu bitten, dem Ausschuss über die ihn betreffenden Änderungen in der Ergänzung zum Haushalt zu berichten.

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: „Finanzielle Auswirkungen des Sonderprogramms „Ausbildung 2006““
auf Antrag der Fraktion der SPD

In Verbindung mit:

Aktuelle Mittelsituation ESF

Vorlage 14/691

- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Minister Karl-Josef Laumann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) berichtet wie folgt:

Im Spitzengespräch für den Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen wurde einvernehmlich ein Sonderprogramm „Ausbildung 2006“ vereinbart. Damit soll den

beitsschutz, bundesgesetzliche Änderungen im Zusammenhang mit dem soeben diskutierte Sonderprogramm und Änderungen im Drogen- und Aidsbereich.

Auf eine Frage von **Norbert Post (CDU)** antwortet **LMR Hans Lauf (MAGS)**, die vom Finanzminister für das Sonderprogramm zusätzlich bereitgestellten 10 Millionen € befänden sich in Kapitel 11 031 Titelgruppe 83.

Rainer Schmeltzer (SPD) möchte wissen, ob das Minus sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben an ESF-Mitteln in Höhe von 41,6 Millionen € zum Beispiel auf einer Fehleinschätzung oder einer Falschberechnung beruhe.

LMR Hans Lauf (MAGS) betont, hier gebe es keine Fehleinschätzung oder Mittelkürzung. Vielmehr seien die ursprünglich veranschlagten Barmittel der laufenden ESF-Förderphase in Verpflichtungsermächtigungen umgewandelt worden. Damit blieben die Mittel im nächsten Jahr in der Bewilligung, die Finanzierung könne aber auch noch im übernächsten Jahr erfolgen.

(Stellv. Vorsitzender Bernhard Tenhumberg übergibt den Vorsitz wieder an den Vorsitzenden Günter Garbrecht.)

Barbara Steffens (GRÜNE) fragt nach, wieso Mittel der alten Förderphase in die neue geschoben würden, wenn laut Minister Laumann in 2007 bereits auf maximal 50 Millionen € aus der neuen Förderphase zugegriffen werden solle.

Zudem interessiere, warum die Kommunalisierung der Mittel im Aids- und Drogenbereich im Haushalt bereits vollzogen werde, obgleich die dafür vorausgesetzte gemeinsam von Kommunen und Wohlfahrtsverbänden unterschriebene Vereinbarung noch nicht vorliege.

Rainer Bischoff (SPD) schließt sich der Frage von Frau Steffens an, wieso im Haushalt die Kommunalisierung der Mittel festgeschrieben werde, obwohl die Träger nach derzeitigem Verhandlungsstand keine Grundlage für eine gemeinsame Erklärung sähen.

LMR Hans Lauf (MAGS) macht auf die erste Frage von Frau Steffens deutlich, dass Einnahmen wie Ausgaben sanken, das vom Minister dargestellte Bewilligungsvolumen aber unverändert bleibe, da die Kürzung der Barmittel mit einer Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen einhergehe. Hier folge man der Verschiebung seitens der EU. Es verlängere sich lediglich der Zeitraum, die Mittel der alten Förderphase auszuschöpfen, um ein Jahr. Auf diese Weise lasse sich der Rückgang der ESF-Mittel in der neuen Förderphase abfedern.

Barbara Steffens (GRÜNE) bittet um Auskunft, wann was von der EU verschoben worden sei.

LMR Roland Matzdorf (MAGS) legt dar, da in vielen Mitgliedsländern die Mittel des ESF nicht bis Ende 2007 verausgabt werden könnten, sei Mitte des laufenden Jahres angekündigt worden, dass die Ausfinanzierungsphase um ein Jahr verlängert werde.

MDgt Dr. Dorothea Prütting (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) beantwortet die Fragen zur Kommunalisierung der Mittel im Drogen- und Aidsbereich: Nach den Planungen solle der gesamte für die Förderung zur Verfügung stehende Betrag in Form einer Gesamtpauschale auf die Kommunen übertragen und von dort an die Träger verteilt werden. Wie in getrennten Gesprächen mit den Kommunen und den Trägern deutlich geworden sei, befürchteten die Träger, dass diese Kommunalisierung den Kommunen mehr Handlungsfreiheit geben und zu einer veränderten Verteilung führen werde. Mittels einer Selbstverpflichtung wolle man daher erreichen, dass im Wesentlichen weiterhin diejenigen Träger gefördert würden, die die Hauptlast trügen. Am selben Nachmittag werde über eine vom Ministerium vorgeschlagene gemeinsame Erklärung aller Beteiligten diskutiert. Auch wenn noch einzelne Fragen zur exakten Ausformulierung bestünden, sei eine solche Regelung möglich, da das Programm nicht gekürzt, das Förderverfahren insgesamt vereinfacht und die Planungs-, Handlungs- und Steuerungsfähigkeiten der Kommunen gestärkt würden. Zudem handele es sich hier um eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung und die Qualitätssicherung bleibe erhalten.

Rainer Bischoff (SPD) bezeichnet es als lächerlich, dass der Ausschuss zustimmen und damit Fakten schaffen solle, ehe die Vereinbarung getroffen sei.

MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) stellt klar, hier gehe es lediglich um eine Ermächtigung. Im Übrigen liege dem Ministerium die grundsätzliche Zustimmung der Beteiligten vor.

Barbara Steffens (GRÜNE) erinnert Frau Dr. Prütting an ihre im Oktober gegenüber dem AGS-Ausschuss getroffene Aussage, die Mittel nur dann zu kommunalisieren, wenn zwischen allen Beteiligten Konsens bestehe. Da es einen solchen nach Auskunft der Träger nicht gebe, entstehe mit der Ergänzungsvorlage der Eindruck, als solle das Droh- und Druckpotenzial gegenüber den Trägern für die Diskussion am Nachmittag erhöht werden. Besser wäre es gewesen, erst nach erfolgter freiwilliger Vereinbarung Änderungen im Rahmen des Haushaltsverfahrens zu beschließen. Nun stelle sich die Frage, was geschehe, wenn kein Konsens gefunden werde.

MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) versichert, die Träger hätten der Pauschalierung bereits zugestimmt, sähen aber noch Konkretisierungsbedarf hinsichtlich der gemeinsamen Erklärung.

Barbara Steffens (GRÜNE) führt an, dass in einer Anhörung des HFA zum Haushalt ein Träger der Aids-Hilfe auf eine ganz konkrete Frage ganz konkret geantwortet habe, dass er der Kommunalisierung nicht zustimme. Dies wie auch die Stellungnahmen der

Wohlfahrtsverbände, die allesamt im Protokoll festgehalten seien, ließen eine Entscheidung der Abgeordneten für die Kommunalisierung nicht zu.

Der Ausschuss sollte beschließen, so **Minister Karl-Josef Laumann (MAGS)**, die Finanzierung der Drogen- und Aidsberatung zu kommunalisieren. Dafür spreche, dass das Land an der derzeitigen Mischfinanzierung ohnehin nur geringen Anteil habe und der größte Teil von den Kommunen komme. Zudem stehe die Landesregierung grundsätzlich für Rekommunalisierung, da sie der Auffassung sei, dass die Kommunen die Finanzierung genauso gut oder sogar treffsicherer steuern könnten als das Land. Dies gelte auch für die Kolleginnen und Kollegen, die in den Jugendhilfeausschüssen der Gemeinden politische Verantwortung trügen. Die Kommunalisierung in diesem Bereich stelle somit auf der Grundlage einer vernünftigen Regelung unter den Beteiligten einen kleinen Baustein auf diesem politischen Weg dar. Gleichwohl müsse das Land eine qualitativ vernünftige Drogen- und Aidsberatung sicherstellen und dies auch gegenüber dem Parlament darlegen. Insofern stelle es vielleicht einen haushaltsrechtlichen, jedoch keinen politischen Blankoscheck aus. Es liege in der Natur der Sache, dass der ein oder andere Träger vor Ort befürchte, seine Aufgaben nicht auf lange Sicht fortführen zu können, wenn die Drogen- und Aidsberatungsstellen in Zukunft weniger Vorschriften seitens des Landes erhielten. Diesem Wettbewerb müssten sie sich aber stellen, da eine Gemeinde durchaus das Recht habe, den Träger auch einmal zu wechseln.

Rudolf Henke (CDU) merkt an, ihm gegenüber hätten die Träger eine Änderung begrüßt und darauf hingewiesen, dass das Land die Projekte derzeit nur zu etwa 25 % mitfinanziere, aber nahezu komplett steuere. Sicherlich wären die Träger auf der örtlichen Ebene überwiegend zufrieden, wenn man ihrer Sorge, die Kämmerer der Kommunen könnten die Mittel aus der Drogenarbeit zweckentfremden, durch eine Art Zielvereinbarung zwischen Land und Kommunen die Grundlage nähme, in der die Kommunen ein bestimmtes Leistungsniveau zusagen sollten.

Heike Gebhard (SPD) erkundigt sich, wie die Mittel aus dem Titel 684 84 - Zuschüsse an freie Träger - verteilt würden.

LMR Hans Lauf (MAGS) antwortet, üblicherweise enthielten Titelgruppen die gesamten für ein Thema zur Verfügung stehenden Mittel, die dann entsprechend den Erwartungen auf die Projekte und die einzelnen Konten verteilt würden.

MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) ergänzt, die Ansätze umfassten mehrere Bereiche, so auch die beim Land verbleibenden Aufgaben. Kommunalisiert würden die Beratungsstellen.

Barbara Steffens (GRÜNE) macht geltend, dass die Kommunen, die nicht über eine eigene Aidsberatungsstelle verfügten - zum Beispiel die Stadt Mülheim - und in der Vergangenheit an Projekten von Kommunen mit Aidsberatungsstellen partizipiert hätten -

zum Beispiel von Oberhausen und Essen -, leer ausgingen, wenn die Mittel kommunalisiert würden. Das Ministerium möge darstellen, wie es dieses Problem lösen wolle.

Das mit Trägern und Kommunen vereinbarte Ziel bestehe darin, so **MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS)**, es bei den bestehenden Strukturen zu belassen. Dafür seien Vereinbarungen zwischen den Kommunen erforderlich, für die das Ministerium lediglich Hinweise zur Detailgenauigkeit geben wolle. Sollten im Laufe der Zeit andere Strukturen sinnvoller erscheinen, ließen sich Veränderungen nicht ausschließen, seien in dem ein oder anderen Fall vielleicht sogar gewollt.

Barbara Steffens (GRÜNE) möchte wissen, ob das Haushaltsrecht es zulasse, dass die Stadt Oberhausen - als Kommune in Haushaltssicherung - ihre vom Land zur Erfüllung einer Aufgabe erhaltenen Mittel in der Stadt Mülheim einsetze.

Diese Frage könne er nicht beantworten, so **LMR Hans Lauf (MAGS)**. Das Problem bestehe allerdings in diesem wie im nächsten Jahr.

Barbara Steffens (GRÜNE) sieht einen Unterschied darin, ob ein Träger der Aidshilfe mit den Mitteln vom Land in verschiedenen Städten die Beratung aufrechterhalte oder ob die Mittel an eine Kommune in Haushaltssicherung flössen, die es dann in unterschiedlichen Kommunen einsetze.

Vorsitzender Günter Garbrecht bemerkt, das komme auf den Regierungspräsidenten und den Rückhalt des Sozialdezernenten an.

Rainer Bischoff (SPD) äußert sich erstaunt, dass man offenbar sehr unterschiedliche Kenntnis davon habe, wie die Träger die geplanten Änderungen bewerteten. Zudem schaffe das Ministerium kaum Vertrauen zwischen Trägern und Politik, wenn der Ausschuss mit seiner Zustimmung Fakten schaffe, die die Freiwilligkeit der gemeinsamen Vereinbarung fragwürdig erscheinen ließen.

MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) erklärt an Frau Steffens gewandt, dass weiterhin das Land die Mittel vergebe und dass es damit eine Zweckbestimmung verbinde, so dass nicht anderweitig über dieses Geld verfügt werden könne.

Das Ministerium bitte um die Ermächtigung, in einem bestimmten Rahmen eine Pauschalierung vornehmen zu können. Sollte anders, als die Signale dies erwarten ließen, eine entsprechende Vereinbarung nicht zustande kommen, müsse man nach einem anderen Weg suchen. Ziel sei es, im Sinne aller Beteiligten das bisher äußerst komplizierte Förderverfahren mit geringer Flexibilität zu entbürokratisieren.

Vorsitzender Günter Garbrecht meint abschließend, die Entscheidung im Ausschuss würde leichter fallen, wenn die Vereinbarung bereits getroffen wäre.

(Sodann tritt der Ausschuss in die Einzelberatung ein. Es folgen Wortbeiträge zu den verschiedenen Änderungsanträgen. Diese wie auch die Abstimmungsergebnisse sind in der Anlage zu Vorlage 14/815 enthalten.)

Norbert Post (CDU) kündigt namens seiner Fraktion an, notwendige Ergänzungen, die nicht über den Einzelplan 11 gegenfinanziert werden könnten, gesammelt im Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.

Rainer Bischoff (SPD) erklärt, seine Fraktion werde sich zu den Änderungsanträgen von Bündnis 90/Die Grünen, die eine Deckung erforderlich machten, enthalten, da diese nach Aussagen von Sylvia Löhrmann und Rüdiger Sagel während einer Pressekonferenz durch Reduzierung der Subvention für den Steinkohlebergbau erreicht werden solle. Dies sei für das Land Nordrhein-Westfalen arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch schädlich und entspreche nicht der Position der sozialdemokratischen Fraktion.

Zu Antrag 1:

Barbara Steffens (GRÜNE) führt aus, zum ersten Mal seit Bestehen der Rehacare sei auf dieser Messe kein Ministerium präsent gewesen. Als Grund führten sowohl das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales als auch das Ministerium für Bauen und Verkehr die hohen Kosten von 200.000 € für einen Messestand an. Dabei müsse man gerade dann, wenn man die Behindertenpolitik hervorhebe, die Kommunikation mit den Betroffenen suchen, die sich über das Fernbleiben der Ministerien empört gezeigt hätten. Um zumindest die Präsenz des MAGS auf der Messe im Jahr 2007 sicherzustellen, sollten die Mittel für Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen im Gegensatz zu anderen Bereichen um den Betrag von 30.000 € aufgestockt werden, mit dem ein adäquater Informationsstand mit entsprechendem Equipment und intensiver Personalausstattung angemietet werden könne.

Zu den Anträgen 4 und 5:

Norbert Post (CDU) betont unter Bezug auf seine eingangs gemachten Äußerungen, der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Aufstockung des Zuschusses an die Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege werde mit Blick auf die notwendige Gegenfinanzierung ebenfalls erst im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt.

Der **Ausschuss** nimmt die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teile des Einzelplans 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen unverändert an. *(Keiner der Änderungsanträge fand die erforderliche Mehrheit.)*

Zum Haushaltsbegleitgesetz 2007 Drucksache 14/2303 wurde kein Änderungsantrag gestellt.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/712 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen ab.

3 Verwaltungsstrukturreform: Arbeitsschutz- und Versorgungsverwaltung

Vorlage 14/748

Er gehe davon aus, so **LMR Hans Lauf (MAGS)** auf eine Frage des Vorsitzenden, dass der Gesetzentwurf hierzu Ende Januar 2007 vorgelegt und dann das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Vorlage 14/748 zur Kenntnis und wird sich voraussichtlich Ende Januar wieder mit diesem Punkt befassen.

4 Mehr Zeit für die Pflege - bürokratischen Aufwand vermeiden - Heimgesetz zeitgemäß neu ausrichten!

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2409

In Verbindung mit:

Reform des Heimgesetzes auf Landesebene muss Interessen der Pflegebedürftigen stärker berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2410

- Terminierung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der **Ausschuss** kommt überein, am 13. Dezember 2006 eine öffentliche Anhörung zu diesen beiden Anträgen durchzuführen.

5 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/ 2105 - Neudruck

In Verbindung mit:

Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2415

Zuschrift 14/639

- Terminierung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, am 31. Januar 2007 eine öffentliche Anhörung zu diesen beiden Anträgen durchzuführen.

6 Gesundheitsreform: solidarisch, nachhaltig und geschlechtergerecht gestalten statt weitere Belastungen für die Versicherten

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2486

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, dieser Antrag sei vom Plenum am 13. September 2006 zur federführenden Beratung an den AGS-Ausschuss überwiesen worden. Der mitberatende Ausschuss für Frauenpolitik habe einvernehmlich beschlossen, kein Votum abzugeben, der ebenfalls mitberatende Ausschuss für Generationen, Familie und Integration habe den Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der Grünen abgelehnt.

Barbara Steffens (GRÜNE) geht davon aus, dass die Landtagsfraktionen von CDU und SPD die Gesundheitsreform der Großen Koalition in Berlin in jedem Fall unterstützen würden, möchte daher auf eine inhaltliche Debatte verzichten und sofort abstimmen.

Rudolf Henke (CDU) betont, es gebe keinen Blankoscheck und auch keine Abstriche an dem, was seine Fraktion in der Plenardebatte geäußert habe. Gleichwohl lehne man diesen Antrag der Grünen ab, da sie sich darin nur pauschal mit dem Text des Gesetzesentwurfs, der inzwischen weiterentwickelt worden sei, befassen.

